

Bericht über die der Beschlussvollzugskontrolle (BVK) unterliegenden **öffentlichen** Stadtratsbeschlüsse des Personal- und Organisationsreferats im Zeitraum 01.07.2020–30.06.2022

Anlage

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
1	14-20 / V 07788	07.12.2016/ 14.12.2016	Beschäftigtensicherheit in Dienstgebäuden der Landeshauptstadt München	<p>1. Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Sicherheitskonzept, insbesondere den unter Ziffer 2. des Vortrags vorgeschlagenen Kategorisierungen und Begriffsdefinitionen und den unter Ziffer 4. des Vortrags vorgeschlagenen Mindeststandards und optionalen Maßnahmen zu. Die Mindeststandards sollen in allen Referaten und Eigenbetrieben bis 31.12.2017 umgesetzt sein.</p> <p>2. Die Referate und Eigenbetriebe werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Arbeitsschutz beauftragt, mit Unterstützung des Kommunalreferats und des Fachdienstes für Arbeitssicherheit (POR-FAS) unverzüglich ihre Büroarbeitsplätze anhand der unter Ziffer 2.1 des Vortrags genannten Kriterien zu kategorisieren, die unter Ziffer 4. des Vortrags genannten betriebsorganisatorischen Maßnahmen umzusetzen, insbesondere die Zugangsberechtigungskonzepte zu erstellen und die gewünschten optionalen Sicherheitsmaßnahmen festzulegen. Das Kommunalreferat wird im Rahmen seiner Zuständigkeit nach mfm beauftragt, auf dieser Grundlage in Abstimmung mit den Referaten und Eigenbetrieben die baulichen Maßnahmen zu realisieren,</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Zeitverzögert</p>	<p>Alle Referate und Eigenbetriebe haben die betriebsorganisatorischen Maßnahmen im Wesentlichen umgesetzt. In einigen wenigen Teilbereichen werden die Umsetzungskonzepte noch bearbeitet.</p> <p>Die von den Referaten und Eigenbetrieben beabsichtigte Umsetzung baulicher Maßnahmen ist in weiten Teilen abgeschlossen; einige Änderungen haben sich noch ergeben und müssen noch umgesetzt werden. Wenige Stellen sind mit der Umsetzung noch beschäftigt.</p> <p>Das KVR optimiert laufend das Alarmierungskonzept am Standort Ruppertstr. im Zuge der Baumaßnahmen bis Mitte 2022.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>die Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen mit der Vergabestelle zu organisieren und die erforderlichen Stadtratsvorlagen einzubringen. Der Stadtrat soll nach Möglichkeit spätestens im Juli 2017 befasst werden.</p> <p>3. „Bekanntgabe des Beschlusses (Art. 52 Abs. 3 GO): Die nicht geheimhaltungsbedürftigen Teile des Beschlusses werden nach Beschlussfassung in geeigneter Form bekanntgegeben.“</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		<p>Das Sozialreferat hat bereits die wesentlichen erforderlichen Schritte unternommen; coronabedingt verschiebt sich eine möglicherweise erforderliche weitere Beschlussvorlage zu baulichen Maßnahmen auf 2022.</p> <p>Die übrigen zur vollständigen Umsetzung benötigten Beschlussvorlagen sind in Planung bzw. bereits im Stadtrat eingebracht.</p>
2	14-20 / V 09865	11.10.2017/ 18.10.2017	Great Place To Work und Betriebliches Gesundheitsmanagement	<p>1. Von dem Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen, der Verknüpfung der Themen GPTW und BGM wird zugestimmt. Um die bereits laufenden Aktivitäten zur Optimierung der Arbeitsbedingungen und somit zur Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten, auch im Sinne von BGM zu erhalten, wird die zentrale Finanzierung der im Rahmen von GPTW bereitgestellten und derzeit besetzten bzw. besetzbaren Stellen für BGM-Aktivitäten (inkl. gesetzlichem Arbeits- und Gesundheitsschutz) um ein weiteres Jahr verlängert. Hierfür werden insgesamt (dezentral und zentral) 9,5 VZÄ für ein weiteres Jahr finanziert. Die Referate/Eigenbetriebe setzen diese Kapazitäten ausschließlich für die unter Ziffer 2.5 dargestellten Aufgaben ein.</p> <p>Dem Stadtrat wird im 1. Halbjahr 2018 dargestellt, welche Stellen (dezentral bzw. Zentral) in den Referaten und Eigenbetrieben für</p>	Erledigt	<p>Zu 1. Die Aufträge des Stadtrats wurden mit Beschluss Nr. 14-20 / V 11909 vom 11.07.2018 im VPA erledigt. Es wurde die Beschlussvorlage „Great Place To Work, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Betriebliche Gesundheitsförderung und Betriebliches Eingliederungsmanagement</p> <ul style="list-style-type: none"> - Notwendigkeiten - Zusammenhänge - zentrale und dezentrale Aktivitäten und Kapazitäten - gesamtstädtische Steuerung der Themen“ und - ein Konzept zur verbesser-

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am (VPA/VV)	Beschlustitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>folgende Aufgaben (Great Place to Work-Koordination, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Betriebliches Eingliederungsmanagement, Betriebliche Gesundheitsförderung) bereits eingerichtet sind, welche davon auch tatsächlich besetzt sind, wie lange diese jeweils evtl. befristet sind und welchen konkreten Aufgabenbereich diese jeweils wahrnehmen.</p> <p>Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, dem Stadtrat im 1. Halbjahr 2018 ein Konzept vorzulegen, wie eine verbesserte zentrale Steuerung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements einschließlich der personellen Ressourcen erfolgen kann.</p> <p>Weitere Stellenbedarfe bzw. die Entfristung können erst, wenn diese Gesamtübersicht der jetzigen Stellensituation in den Referaten und Eigenbetrieben und das Steuerungskonzept vorliegen, angemeldet werden.</p> <p>2. gestrichen</p> <p>3. Aufgrund der dargestellten Nachteile wird keine erneute stadtweite Mitarbeiterbefragung im Stile von Great Place To Work durchgeführt. Im Jahr 2018 wird ein Konzept erarbeitet, wie der GPTW-Folgeprozess in den Referaten/Eigenbetrieben durch spezifische Umfragen zur Zufriedenheit mit den eingeleiteten Maßnahmen evaluiert werden kann. Die entsprechende Umsetzung findet 2019 statt. Damit ist der GPTW-Prozess formal abgeschlossen. Die Umfragen werden in</p>	<p>Erledigt</p>	<p>ten zentralen Steuerung eingebracht.</p> <p>Zu 3. Das weitere Vorgehen bzgl. der GPTW-Folgebefragung wurde abschließend mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 16545 „Programm neoHR – Digitalisierung und Weiterentwicklung des LHM-Personalmanagements“ vom Stadtrat am 20.11.2019</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt durchgeführt. In Abhängigkeit der Ergebnisse wird dann bereichsspezifisch mit Unterstützung des POR über etwaige notwendige Anpassungsmaßnahmen entschieden.</p> <p>4. Das POR wird beauftragt, parallel hierzu ein Konzept für ein Pilotprojekt mit anlass- und themenbezogenen Kurzbefragungen, die möglichst niederschwellig und voll digitalisiert durchgeführt werden sollen, zu erarbeiten. Nach den Erfahrungen mit einem solchen Projekt wird das Personal- und Organisationsreferat dem Stadtrat im Jahr 2020 berichten und einen konkretisierten Vorschlag zur Implementierung einer regelmäßigen Feedbackkultur unterbreiten.</p> <p>5. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die Verlängerung von 1,0 VZÄ bis 31.12.2018 befristeten VZÄ um ein Jahr beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die</p>	<p>Zeitverzögert</p> <p>Erledigt</p>	<p>(VPA) bzw. 27.11.2019 (VV) beschlossen.</p> <p>Zu 4. Das Konzept sollte ursprünglich gemeinsam mit dem Hersteller entwickelt werden. Im Zuge der Realisierung wurde die Cloud-Lösung einem Cloud-Security-Assessment unterzogen. Im Ergebnis kann die Lösung aufgrund sicherheitsrelevanter Merkmale nicht für die LHM eingesetzt werden. Das POR wird auf Basis neuer neoHR-Anwendungen Lösungen konzipieren.</p> <p>Zu 5. Die Entfristung der Stelle ab 01.01.2019 wurde vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20 / V 11909 vom 11.07.2018 im VPA geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>erforderlichen Haushaltsmittel bei der Stadtkämmerei anzumelden. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen im Jahr 2019 in Höhe von bis zu 19.790 € (40% des JMB für Beamte/innen). Das Produktkostenbudget erhöht sich im Jahr 2019 vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 56.250 €.</p> <p>6. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, im Benehmen mit den Referaten die erforderlichen 8,5 VZÄ um ein Jahr zu verlängern. Das Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) wird darüber hinaus beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 300.040 € (Personalkosten: 296.960 €; Sachkosten: 3.080 €) für das Jahr 2018, 335.730 € (Personalkosten: 332.280 €; Sachkosten: 3.450 €) für das Jahr 2019 sowie 32.370 € (Personalkosten: 32.100 €; Sachkosten: 270 €) entsprechend der tatsächlichen Besetzung bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich Einrichtung und Maßnahmen für Verwaltungsangehörige, Unterabschnitt 0800 anzumelden. Die Produktkostenbudgets erhöhen sich zahlungswirksam in Summe um 668.140 € (Produktausgabenbudget).</p>	Erledigt	<p>Zu 6. Die Entfristung der Stellen ab 01.01.2019 wurden vom Personal- und Organisationsreferat beantragt und vom Stadtrat mit Beschluss Nr. 14-20 / V 11909 vom 11.07.2018 im VPA geschäftsordnungsgemäß erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen durch die Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von bis zu 92.520 € im Jahr 2018, 103.520 € im Jahr 2019 sowie 10.000 € im Jahr 2020 (jeweils 40 % des JMB).</p> <p>7. Das Personal- und Organisationsreferat wird dem Stadtrat voraussichtlich 2020 über die Erfahrungen aus der Verknüpfung von GPTW und BGM einen Vorschlag zur stadtweiten Etablierung von Kurzbefragungsmethoden unterbreiten.</p> <p>8. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Zeitverzögert	Zu 7. Siehe Ausführungen zu Beschlussauftragsziffer 4
3	14-20 / V 08901	11.10.2017/ 18.10.2017	Neukonzeptionierung der Arbeitgebermarke der Landeshauptstadt München	<p>1. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat zu beauftragen, die städtische Arbeitgebermarke neu zu konzeptionieren, insbesondere die entsprechenden Marketingmaßnahmen nach innen und außen und die unter Ziffer 3 des Vortrags aufgelisteten finanziellen Mittel im Rahmen des Haushalts 2018/2019 zu bewilligen.</p> <p>2. Vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 empfiehlt der Verwaltungs- und Personalausschuss, das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) zu beauftragen, die</p>	Erledigt	Die Arbeitgebermarke "München, unser Kindl" samt aller Begleitmaßnahmen wurde im Jahr 2021 intern und extern ausgerollt. Das Projekt wurde am 17.12.2021 mit einem Abschlussmeeting mit Dr. Dietrich offiziell beendet und in die Linienverantwortung des (heute) POR-2/14 KC Personalmarketing übergeben.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>erforderlichen Haushaltsmittel (Sachmittel) in Höhe von insgesamt 650.000 € (400.000 € für 2018 und 250.000 für 2019) im Rahmen der Aufstellung des Haushalts bei der Stadtkämmerei anzumelden.</p> <p>3. Das Produktkostenbudget erhöht sich vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung der Vollversammlung im November 2017 zahlungswirksam um 650.000 € (Produktauszahlungsbudget).</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
4	14-20 / V 14633	08.05.2019/ 15.05.2019	Eigenes Karriereportal für die Landeshauptstadt München	<p>1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, unter Einbindung des IT-Referats (RIT) sowie der Portal München Betriebs-GmbH & Co. KG, das bestehende Jobportal – wie im Vortrag des Referenten aufgezeigt – zu optimieren.</p> <p>3. Die für die Einsetzung des Projekts sowie die Implementierung und Umsetzung des „neuen“ Portals nötigen Mittel werden – soweit erforderlich – über die bestehenden Budgets Personal- bzw. Ausbildungsmarketing, Neukonzeptionierung Arbeitgebermarke getragen. Die dauerhaft entstehenden zusätzlichen Kosten für die Pflege und die Weiterentwicklung des Karriereportals werden im Eckdatenbeschluss 2020 hinterlegt, der ab 2021 greift und im nächsten Jahr dem Stadtrat turnusgemäß zur Abstimmung vorgelegt wird.</p>	Erledigt	Das Karriereportal ging planmäßig zum 01.07.2020 unter muenchen.de/jobs online.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>4. Der Stadtratsantrag der CSU-Fraktion Nr. 14-20/A 04652 vom 09.11.2018 bleibt aufgegriffen.</p> <p>5. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
5	14-20 / V 14752	06.06.2019/ 26.06.2019	Entgeltnachweis goes digital	<p>1. Von den Ausführungen im Vortrag des Referenten wird Kenntnis genommen. Das Personal- und Organisationsreferat wird jedoch beauftragt, die Themen gemäß dem Vortrag des Referenten weiter zu verfolgen und dem Stadtrat im Rahmen des Beschlusses zum Programm neoHR zu berichten.</p> <p>2. Der Antrag Nr. 14-20/A 05119 der SPD-Stadtratsfraktion vom 21.03.2019 bleibt damit aufgegriffen.</p> <p>3. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zu 1. Aufgabenstellung wurde durch Beschluss „neoHR“ thematisch aufgegriffen; Umsetzung ist in Arbeit. Siehe Beschluss vom 20.11.2019 (Nr. 14-20 / V 16545)</p> <p>Im Rahmen des Digitalisierungsprojekts HR Portal wurde der Entgeltnachweis seit Juni 2021 stadtweit digital zur Verfügung gestellt. Zusätzlich folgte zum Jahresanfang 2022 die digitale Bereitstellung der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbescheinigungen.</p>
6	14-20 / V 15299	25.09.2019/ 02.10.2019	In Mangelberufen innerhalb von maximal vier Wochen einstellen!	<p>1. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die städtischen Regularien zur Personalauswahl wie im Vortrag dargestellt zu überarbeiten und die Zuständigkeiten im Hinblick auf personalrechtliche Befugnisse neu zu regeln mit der Zielrichtung der Beschleunigung des Stellenbesetzungsprozesses.</p>	Erledigt	<p>Zu 1. Der Stadtrat hat am 11.12.2019 (VPA)/ 18.12.2019 (VV) die Neufassung der städtischen Ausschreibungsrichtlinien zum 01.01.2020 beschlossen. Dabei wurden alle Prozessschritte des Stellenbesetzungsverfahrens gründlich</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, die Anschaffung eines Tools zur Durchführung von Online-ACs im Rahmen von Stellenbesetzungsprozessen zu überprüfen.</p> <p>3. Über den Fortgang des Prozesses wird im Rahmen des Beschlusses zur Neufassung der Ausschreibungsrichtlinien berichtet. Der Stadtratsantrag der SPD-Fraktion Antrag Nr. 14-20/A 04970 bleibt aufgegriffen.</p> <p>4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>überarbeitet und in einer Dienstanweisung zusammengefasst.</p> <p>Zu 2. Bei der Prüfung der Anschaffung eines Tools zur Durchführung von Online-ACs sind weitere IT-Verfahren sowie die Kompatibilität mit einem zukünftigen E-Recruiting zu berücksichtigen. Die Prüfung kann daher erst nach Beschaffung der Talent-Management-Suite beginnen (2022/2023).</p> <p>Zu 3. Im Rahmen des Beschlusses zur Neufassung der Ausschreibungsrichtlinien wurde über den Fortgang berichtet. Nach Ziffer 5 des Antrags des Referenten zum o. g. Beschluss ist der Antrag Nr. 14-20 / A 04970 von der SPD-Stadtratsfraktion damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.</p>
7	14-20/V 15890	25.09.2019/ 02.10.2019	Stadtweites Workforce Management System (WFM)	<p>1. Vom Vortrag der Referenten wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Der Stadtrat stimmt der Umsetzung des IKT-Vorhabens wie vorgeschlagen zu.</p>	Im Zeitplan	Zu 2. Die Umsetzung des IKT-Vorhabens ist in der Umsetzung.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>3. Der Stadtrat</p> <ul style="list-style-type: none"> - stimmt der Erhöhung der Gesamt-Mittel für die Beschaffung, die Einführung und den Betrieb eines stadtweiten Workforce Management Systems in Ergänzung zur Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11566 (nicht-öffentlicher und öffentlicher Teil) vom 24.10.2018 „Stadtweites Workforce Management System - Erstanwendung bei der Branddirektion München“ wie von den Referenten dargelegt zu - stimmt der Neuverteilung der Gesamtmittel für Beschaffung, die Einführung und den Betrieb eines stadtweiten Workforce Management Systems zwischen KVR, POR und RIT bzw. it@M wie dargelegt zu - beauftragt das POR das Gesamt-Modell Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung mit dem Gesamtpersonalrat zu verhandeln, dem Stadtrat abschließend zur Entscheidung vorzulegen und über den Projektfortschritt zu 		<p>Im Zeitraum 01.07.2020-30.06.2022 wurde das WFM-System in folgenden Referaten und Eigenbetrieben eingeführt: POR, RIT/it@M, MSE (anteilig), SKA. Der Rollout im DIR erfolgte am 01.07.2022; bei RAW und RKU geplant für 01.08.2022.</p> <p>Parallel dazu wurde das Dienstplansystem bei der BD planmäßig zum 01.01.2022 in Betrieb genommen.</p> <p>Zu 3. Die Kosten für die Einführung des stadtweiten WFM-Systems lagen in 2020 und 2021 jeweils unter den im Beschluss bewilligten Mitteln – Kosten für Beschaffung und Betrieb im Plan, Kosten für die Einführung merklich unter Plan. Die Verhandlungen zum Gesamt-Modell Digitalisierung der Arbeitszeitbewirtschaftung mit dem Gesamtpersonalrat erfolgen als begleitender Prozess zum räumlichen und funktionalen Rollout (z. B. konkrete Umsetzung DV-Flex 2.0; moderate Glättung Arbeitszeitmodelle,</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschl. am (VPA/VV)	Beschlustitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>berichten.</p> <p>4. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 425.460 € sowie die einmalig erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 12.000 € im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2020 sowie die befristeten Haushaltsmittel i. H. v. 10.000 € (2.500 € pro Jahr) zur jeweiligen Haushaltsplanaufstellung anzumelden.</p> <p>5. Das Personal- und Organisationsreferat (Fachreferat) wird beauftragt, die Einrichtung von 6,0 Stellen-VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat (Querschnittsreferat) zu veranlassen.</p> <p>6. Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von jährlich etwa 137.016 € (40% des JMB) ab 2020.</p> <p>7. Das Produktkostenbudget erhöht sich zahlungswirksam dauerhaft ab 2020 um 425.460 €, einmalig in 2020 um 12.000 € und befristet für die Jahre 2020 - 2023 um 10.000 € (Produktauszahlungsbudget).</p>		<p>Einführung in den Referaten etc.).</p> <p>In Umsetzung</p> <p>Zu 5. Bei der Neuorganisation des POR im Rahmen von neoHR wurde ein Team fachlicher Betrieb des WFM-Systems geschaffen. In diesem Team wurden 6 Stellen-VZÄ neu geschaffen. Davon sind bislang 3 besetzt.</p> <p>In Umsetzung</p> <p>In Umsetzung</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>8. Das POR wird beauftragt, die unter Teil B Ziffer 3.1 des Vortrages dargestellten Flächenbedarfe bei Bedarf gegenüber dem Kommunalreferat anzumelden, sobald weitere Flächen zugewiesen werden sollen.</p> <p>9. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	Zu 8. Die erforderlichen Flächen wurden beim Kommunalreferat angemeldet. Mittlerweile sind die Flächenbedarfe auf Grund des erhöhten Anteils von Homeoffice und der Stellenbesetzungssperre nicht mehr erforderlich.
8	14-20 / V 15409	16.10.2019/ 23.10.2019	Rückschau und Ausblick zur nachhaltigen Erhöhung von biologisch, regional und artgerecht erzeugten sowie Fair gehandelten Produkten in den drei städtischen Kantinen	<p>1. Das Personal- und Organisationsreferat wird unter Einbindung des Referats für Gesundheit und Umwelt beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu den Rahmenbedingungen und Handlungsempfehlungen für eine maximale Erhöhung von Fleisch aus artgerechter Tierhaltung (100 %) sowie zum Einsatz von Produkten aus Direktvermarktung (100 km Umkreis) in den städtischen Kantinen in Auftrag zu geben. In diesem Zusammenhang sollen auch die Möglichkeiten einer erweiterten Bezuschussung der Kantinenpächter untersucht und geprüft werden, wie das vegetarische und vegane Angebot in den städtischen Kantinen gesteigert werden kann. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen werden dem Stadtrat im Herbst 2020 vorgelegt.</p> <p>2. Der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa Liste vom 17.07.2019 zur weiteren Erhöhung der Lebensmittelqualität bleibt damit aufgegriffen.</p>	Zeitverzögert	Zu 1. und 2. Es wurde im April 2020 der Zuschlag an ein externes Beratungsunternehmen zur Durchführung der Machbarkeitsstudie sowie zur Darstellung rechtlicher Voraussetzungen für eine erweiterte Bezuschussung erteilt. Die Ergebnisse waren ursprünglich für das 4. Quartal 2020 vorgesehen. Die Ablieferung der endgültigen Machbarkeitsstudie (inkl. der geforderten Nachbesserungen) ist bis heute nicht erfolgt. Das POR hat bereits rechtliche Schritte unternommen. Eine letzte Fristsetzung ist in Vorbereitung.

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				3. Ziffer 5 und 6 (hier entsprechend als Ziff. 1 und 2 aufgeführt) dieses Beschlusses unterliegen der Beschlussvollzugskontrolle.		
9	14-20 / V 17048	11.03.2020/ 18.03.2020	Arbeitsmarktzulage für Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen	<p>1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.</p> <p>2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, den Stadtrat im Benehmen mit dem Referat für Bildung und Sport und dem Sozialreferat spätestens im ersten Quartal 2021 unter Berücksichtigung der abgeschlossenen Tarifrunde 2020 zum Sozial- und Erziehungsdienst erneut mit der Frage zu befassen, inwieweit die bestehende Arbeitsmarktzulage für Erzieher*innen erhöht und eine Arbeitsmarktzulage für Kinderpfleger*innen neu eingeführt werden soll.</p> <p>3. Der Antrag Nr. 14-20 / A05882 von Herrn StR Sebastian Weisenburger, Frau StR Anja Berger, Frau StR Jutta Koller, Frau StR Sabine Krieger, Herrn StR Oswald Utz, Herrn StR Dr. Florian Roth, Frau StR Katrin Habenschaden ist damit geschäftsordnungsmäßig erledigt.</p> <p>4. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	<p>Die Tarifverhandlungen SuE haben aufgrund der Corona-Pandemie nicht im März 2020 begonnen.</p> <p>Am 18.05.2022 hat sich die Vka mit den Gewerkschaften ver.di und dbb Beamtenbund auf einen Abschluss der Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst verständigt. Derzeit laufen die Redaktionsverhandlungen. Vorgesehen sind u. a. die Einführung von Regenerationstagen, eine SuE-Zulage in Höhe von 130 €/180 € sowie eine Streichung der bisher verlängerten Stufenlaufzeiten.</p> <p>Unabhängig vom Tarifabschluss hat der Stadtrat mit Stadtratsbeschluss vom 24.03.2021, Nr. 20-26 / V 02821, beschlossen, die Arbeitsmarktzulage für Erzieher*innen bis 31.12.2026 zu verlängern, eine Arbeitsmarktzulage für Kinderpfleger*innen nicht einzuführen und spätestens im 2. Quartal 2026 einen Bericht zur personalwirtschaftlichen Entwicklung sowie einen Vor-</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
						schlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen. Die Angelegenheit ist damit erledigt.
10	20-26 / V 02005	09.12.2020/ ---	Strategische Aufgabenkritik im Personal- und Organisationsreferat - Umsetzung im Rahmen des Transformationsprogramms neoHR und kurzfristige Maßnahmen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Auftrag des Herrn Oberbürgermeister vom 10.06.2020 bleibt aufgegriffen. Konkrete Ergebnisse werden mit der unter Ziff. 2.5 des Referentenvortrages erwähnten Beschlussfassung des Stadtrats nach Abschluss ersten Phase der Strategie- und Organisationsberatung im Rahmen des Programms neoHR voraussichtlich im 1. Quartal 2022 dem Stadtrat vorgelegt 2. Den unter Ziffer 3. des Vortrags genannten kurzfristigen Maßnahmen wird zugestimmt. Das Personal- und Organisationsreferat wird (soweit noch nicht erfolgt) mit der Umsetzung beauftragt. 3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Rahmen des Programms neoHR zusammen mit der externen Unternehmensberatung vorgezogen und priorisiert den stadtweiten Prozess Stellenbewertung zu analysieren, zu optimieren und zu digitalisieren mit den Zielen, Doppelstrukturen abzubauen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und dadurch gesamtstädtische Effizienzgewinne zu erzielen. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat bis voraussichtlich Ende Mai 2021 transparent darzustellen und mit einem Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu verbinden. 	<p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p> <p>Erledigt</p>	<p>Zwischenbericht im 1. Quartal 2022 eingebracht. Der Stadtrat stimmte mit der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 06284 der zeitlichen Verschiebung des Ausplanungsbeschlusses neoHR auf das 2. Quartal 2023 und dem Verzicht auf einen Zwischenbericht zu.</p> <p>Zu 2 und 3: Die Ziffern 2 und 3 sind gemäß Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 03587 mit Beschluss Ziffer 4 geschäftsordnungsmäßig erledigt.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				4. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.		
11	20-26 / V 03787	21.07.2021/ 28.07.2021	Digitales Hinweisgeber*in-nensystem Transparenzof-fensive III - Sicher und anonym Hin-weise geben	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Landeshauptstadt München ein digitales anonymes Hinweisgeber*innensystem einführt. 2. Dem Antrag Nr. 20-26 / A 01230 der Fraktionen von SPD / Volt und Die Grünen / Rosa Liste wird entsprochen. Er gilt somit als geschäftsordnungsgemäß erledigt. 3. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle. 	Im Zeitplan	<p>Aktuell wird die Beschaffung eines Hinweissystems im Wege einer Ausschreibung vorbereitet. Die Beschaffung und Einführung sind im Jahr 2022 vorgesehen.</p> <p>Eine Information der Beschäftigten und der Bürger*innen wird nach Einführung des Systems erfolgen.</p>
12	20-26 / V 03587	13.10.2021/ 20.10.2021	Reform des Personal- und Organisationsmanagements der Landeshauptstadt München – Grundsatzbeschluss neoHR	<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Notwendigkeit und den Zielen einer grundsätzlichen Reform der Personal- und Organisationsarbeit in der Landeshauptstadt München und das neue, kund*innenorientierte Organisationsmodell des Personal- und Organisationsreferats zustimmend zur Kenntnis. Das Personal- und Organisationsreferat wird gebeten, das Kompetenzzentrum Gleichstellung/Diversity als „KC Vielfalt & Gleichstellung“ zu benennen, dessen Leiter*in als persönliche Stabsstelle bei der Referatsleitung anzusiedeln und dies im Organigramm entsprechend hervorzuheben. Das „SC Zentrale Beratungsstelle“ soll als „Zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle“ bezeichnet werden. 2. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, im Oktober 2022 einen Ausplanungsbeschluss zur weiteren Ausgestaltung 	Erledigt	
					Im Zeitplan	Der Stadtrat stimmte mit der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 /

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>der Reform vorzulegen und bei der Erstellung der Vorlage die kontinuierliche Beteiligung der Referate und Eigenbetriebe über die Vorgaben der AGAM hinaus sicherzustellen. Für den Ausplanungsbeschluss gelten folgende Maßgaben:</p> <p>a) Der Stadtrat stimmt dem Zielbild zur Betreuungsquote zu und beauftragt das Personal- und Organisationsreferat, dem Stadtrat mit dem Ausplanungsbeschluss eine Detailplanung vorzulegen, wie die stadtweit zur Personal- und Organisationsarbeit eingesetzten Personalressourcen bis zum 31.12.2025 von derzeit ca. 1.350 VZÄ auf 1.050 VZÄ reduziert werden. In der Personalverwaltung im engeren Sinne ist eine Betreuungsquote (VZÄ Personalaufgaben: Anzahl Beschäftigte) entsprechend dem erhobenen Vergleichswert für den öffentlichen Sektor von 1:64 anzustreben. Die Planung muss auch beinhalten, wie viele VZÄ im POR und wie viele VZÄ in den dezentralen Bereichen künftig eingesetzt werden sollen. Ferner müssen auch etwaig erforderliche Personaltransitionen geregelt werden. Der Personalabbau hat im Rahmen der Fluktuation zu erfolgen. Die Personaltransition muss sozial verträglich und unter enger Beteiligung der Personalvertretungen erfolgen. Betriebsbedingte Beendigungskündigungen sind ausgeschlossen. Dem Stadtrat ist hierzu im zweiten Quartal 2022 ein Zwischenbericht vorzulegen.</p> <p>b) Die Eigenbetriebe mit Ausnahme von IT@M und die homogenen Bereiche bleiben zunächst außer Betracht und es wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft, ob eine Einbeziehung sinnvoll ist. Das Personal- und</p>		<p>V 06284 der zeitlichen Verschiebung des Ausplanungsbeschlusses neoHR auf das 2. Quartal 2023 und dem Verzicht auf einen Zwischenbericht zu.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Organisationsreferat wird beauftragt, mit dem Ausplanungsbeschluss einen Zeitplan für die Betrachtung der Eigenbetriebe und der homogenen Bereiche vorzulegen. Aufgaben der Schulaufwandsträgerschaft nach Bayerischem Schulfinanzierungsgesetz bleiben - bei gleicher Wirtschaftlichkeit - gebündelt in einer Hand.</p> <p>c) Der Ausplanungsbeschluss muss einen Vorschlag für eine Neuordnung der Tätigkeiten im Personal- und Organisationsmanagement enthalten. Dabei gelten folgende Grundsätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Doppelstrukturen sowie Doppel- und Parallelarbeiten sind soweit wie möglich zu vermeiden, • bei Tätigkeiten, die für die Referate zur Ausübung ihrer dezentralen Ressourcenverantwortung und ihrer Organisationshoheit von strategischer Bedeutung sind, insbesondere Stellenbewertung, Personalauswahl, referatspezifische Organisationsstruktur), soll die Entscheidungsverantwortung bei den Fachreferaten liegen, soweit es nicht zwingend einer stadtweit einheitlichen Entscheidungspraxis bedarf • operative Tätigkeiten der Personalverwaltung sollen grundsätzlich im Personal- und Organisationsreferat in Service Center gebündelt und so weit wie möglich standardisiert und digitalisiert werden („selfservice first“), • dem Personal- und Organisationsreferat als Querschnittsreferat soll die Prozessverantwortung für stadtweite Standardprozesse (bei denen das POR Prozesseigner ist) und referatsübergreifende Tätigkeiten und die 		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Entscheidungsverantwortung nur bei Tätigkeiten obliegen, die zwingend einer stadtweit einheitlichen Entscheidungspraxis bedürfen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • es ist so weit wie möglich eine Ende-zu-Ende-Verantwortung für Prozesse zu definieren, • Tätigkeiten sind nach Möglichkeit in einer Hand zu bündeln, Beteiligte und Hierarchieebenen zu reduzieren und • die bisherigen Delegationsbeschlüsse und -vereinbarungen sollen durch ein neues, einheitliches Regelungswerk der dezentralen und zentralen Zuständigkeiten abgelöst werden, das einfacher, standardisierter und transparenter ist als die heutige Systematik und die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar und unmissverständlich regelt. <p>Der Vorschlag ist dem Stadtrat mit dem Ausplanungsbeschluss zur Entscheidung vorzulegen.</p> <p>d) Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, zur Ausarbeitung des Ausplanungsbeschlusses eine Arbeitsgruppe einzurichten, der regelmäßig angehören sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Programmleiterin neoHR • die Projektverantwortlichen des Programms neoHR • drei Vertreter*innen aus dem Kreis der Geschäftsleitungen der Referate (3 große und 2 kleine) und zwei* Vertreter*in aus einer Geschäftsleitung eines Eigenbetriebs (5 + 2 Modell) • eine* Vertreter*in des Gesamtpersonalrats • eine* Vertreter*in des Personalrats des POR <p>Vertreter*innen aus dem Kreis der sonstigen Personalvertretungen, der</p>		

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlussen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Gesamtschwerbehindertenvertretung, der GJAV, des Programms neoIT, des Programms digital4finance, der Gleichstellungsstelle für Frauen und Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* sind anlass- und themenbezogen zu beteiligen. Soweit es um spezifische Angelegenheiten einzelner Referate oder Eigenbetriebe geht, sind diese ebenfalls zu beteiligen.</p> <p>Die Arbeitsgruppe gibt sich eine Geschäftsordnung.</p> <p>3. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, nach dem Ausplanungsbeschluss unter Fortführung der Arbeitsgruppe gemäß Ziffer 3 d) und in Abstimmung mit den Programmen digital4finance und neoIT ein Zukunftsmodell der Geschäftsleitungen zu entwickeln. Dieses Zukunftsmodell soll einen einheitlichen Rahmen für die Tätigkeiten und die Ressourcenausstattung der Geschäftsleitungen beinhalten. Mit dem Ausplanungsbeschluss ist ein Vorschlag zum weiteren Vorgehen vorzulegen.</p> <p>4. Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Optimierung der Stellenbewertung und zur Einführung einer Standard-IT-Lösung zur Kenntnis. Das Personal- und Organisationsreferat wird beauftragt, nach Einführung der IT-Lösung die Einzelfallbewertung von Stellen soweit rechtlich möglich und organisatorisch sinnvoll auf die Referate und Eigenbetriebe zu delegieren, wenn die Referate und Eigenbetriebe dies wünschen. Die Zuständigkeit für den Erlass von Richtlinien, Standardisierungen und das</p>	<p>Im Zeitplan</p>	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>Controlling der Stellenbewertung verbleibt in jedem Fall weiterhin beim Personal- und Organisationsreferat. Die Übernahme der Stellenbewertung in den Referaten und Eigenbetrieben muss im Rahmen der stadtweit vorhandenen Stellen und Mittel erfolgen. Ziffer 3. des Beschlusses vom 09.12.2020 (Vorlage-Nr. 20-26 / V 02005) ist damit geschäftsmäßig erledigt.</p> <p>5. Die bestehenden Anträge „Organisation und Geschäftsprozesse stadtweit optimieren und Doppelstrukturen abbauen“ (Antrag Nr. 20-26 / A 00640) und „Personaladministration zügig effizienter gestalten“ (Nr. 20-26 / A 00641) aus dem Stadtrat sind aufgegriffen. Eine abschließende beschlussmäßige Behandlung wird mit dem Ausplanungsbeschluss im Oktober 2022 erfolgen.</p> <p>6. Die Beschlussvorlage unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>		
13	20-26 / V 06284	11.05.2022/ 18.05.2022	Reform des Personal- und Organisationsmanagements der Landeshauptstadt München – Zwischenbericht neoHR -	<p>1. Der Stadtrat nimmt den persönlichen Bericht des Referenten Dr. Alexander Dietrich zur Kenntnis.</p> <p>2. Der Stadtrat stimmt der zeitlichen Verschiebung des Ausplanungsbeschlusses neoHR auf das 2. Quartal 2023 und dem Verzicht auf einen Zwischenbericht zu.</p> <p>3. Dieser Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	Erledigt	

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
14	20-26 / V 05733	01.06.2022/ 29.06.2022	Geschäftsprozessmanagement in der Landeshauptstadt München; Sachstandsbericht und Fortsetzung der Ausgestaltung von GPM in der LHM Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten	<ol style="list-style-type: none"> 1. Das POR wird beauftragt, die Organisationseinheit GPM-Governance (LHM) dauerhaft in der Struktur des POR zu verankern. Das RIT unterstützt das POR im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit. 2. Das POR wird beauftragt, die Verankerung von Geschäftsprozessmanagement in allen Steuerungs- und Führungsinstrumenten in der LHM zu prüfen und umzusetzen. 3. Das POR wird beauftragt, die Mittel für weiterhin erforderliche externe Beratungsleistungen und Sachmittel (u.a. Durchführung von Informationsveranstaltungen, Bereitstellung von Informationsmaterial) in 2022 entsprechend Planung gemäß Kapitel 7.2 zum Eckdatenbeschluss 2023 anzumelden. 4. Die Referate und Eigenbetriebe werden beauftragt, Geschäftsprozessmanagement entsprechend den Vorgaben im GPM-Handbuch verbindlich bis Ende 2025 in ihren Organisationen dauerhaft zu etablieren. Dazu sollen die von GPM-Governance (LHM) vorgegeben Prozessrollen und Verantwortungen mit dem Ziel des Aufbaus einer prozessorientierten Organisation wie in Kapitel 5 beschrieben etabliert und umgesetzt werden. Die dezentrale Ansiedlung und Organisation des Themas GPM verbleibt in den Referaten und Eigenbetrieben. Insofern bleibt der CSU Stadtratsantrag 20-26 / A 01831 „Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten“ vom 16.08.2021 aufgegriffen (siehe Kapitel 6). Die Referate und Eigenbetriebe werden zudem beauftragt, 	<p>Erledigt</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>POR-5 ist zum 01.04.2022 organisatorisch gestartet.</p> <p>Wird im laufenden Betrieb umgesetzt.</p> <p>Wird im Rahmen des Haushaltsverfahrens durch KC Haushaltssteuerung erledigt.</p> <p>Wird im Rahmen der ersten Bekanntgabe evaluiert.</p> <p>Die Referate wurden bereits aufgefordert, die Verantwortlichen für das Thema Change im Kontext der GPM-Einführung bis 30.09.2022 zu benennen.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlusaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>mindestens zwei Verantwortliche für das Thema Change im Kontext der GPM-Einführung bis 30.09.2022 zu benennen.</p> <p>5. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt, ein Konzept zu erstellen, wie Optimierungspotentiale identifiziert werden können, um diese durch die Referate/Eigenbetriebe konsolidieren und optimieren zu lassen. Insofern bleibt der CSU Stadtratsantrag 20-26 / A 01831 „Prozessoptimierung in allen städtischen Referaten“ vom 16.08.2021 aufgegriffen. (siehe Kapitel 6)</p> <p>6. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt ein Konzept mit folgenden Inhalten zu erstellen: - Identifikation und Konsolidierung ähnlicher/verwandter Prozesse stadtwweit - Identifikation und Koordinierung referatsübergreifender Prozessoptimierungen.</p> <p>7. Das POR wird ferner beauftragt, die Mittel für die Umsetzung der Fachkarriere Business-Analyse Geschäftsprozessmanagement (BA-GPM) in 2022 entsprechend Planung gemäß Kapitel 7.1 zum Eckdatenbeschluss 2023 anzumelden.</p> <p>8. Die Referate und Eigenbetriebe werden beauftragt, in Abhängigkeit der aktuell gültigen Veränderungssperre, geeignete Ressourcen für die Einführung und Durchführung von Geschäftsprozessmanagement bis 06/2024 zur Verfügung zu stellen, um auch die Digitalisierung aktiv betreiben zu können. Hierbei sollten für die Einführung und Weiterentwicklung des</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p>	<p>Erfolgt im Rahmen des Tagesgeschäfts.</p> <p>Erfolgt im Rahmen des Tagesgeschäfts.</p> <p>Wird im Rahmen des Haushaltsverfahrens durch KC Haushaltssteuerung erledigt.</p> <p>Wird im Rahmen der ersten Bekanntgabe evaluiert.</p>

Lfd. Nr.	Beschlussnummer	Beschlossen am (VPA/VV)	Beschlusstitel (Betreff)	Beschlussaufträge	Status der Erledigung	Erledigungsvermerke
				<p>GPM je nach Organisationsgröße und -besonderheiten zwischen 2 und 5 VZÄ eingesetzt werden. Die dazu notwendigen Ressourcen müssen durch geeignete Umpriorisierungen innerhalb des Referats/Eigenbetriebs oder durch zusätzliche Ressourcenbeantragungen durch die Referate/Eigenbetriebe zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>9. GPM-Governance (LHM) wird beauftragt, den Stadtrat jährlich über die Entwicklung/den Fortschritt des GPMs einschließlich Zielerreichung in der LHM zu informieren und dem Stadtrat geeignete Maßnahmen zur Steuerung/Optimierung zu empfehlen. Dafür wird unter anderem auch das bereits vom Innovationsbereich GPM entwickelte und eingeführte Reifegradmodell (Fachprozesse und Organisation) zu Grunde gelegt.</p> <p>10. Das RIT wird beauftragt, die erforderlichen Ressourcen für die methodische Qualitätssicherung über einen eigenen Beschluss zu beantragen.</p> <p>11. Die Beschlussziffer 11 des Beschlusses 14-20 / V 12734: „Weiterentwicklung und Koordination des stadtweiten Geschäftsprozessmanagements (GPM) als Grundlage für die Digitalisierung“ ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt. Im Übrigen bleibt der Beschluss aufgegriffen.</p> <p>12. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.</p>	<p>Im Zeitplan</p> <p>Im Zeitplan</p> <p>Erledigt</p>	<p>Wird im Rahmen der ersten Bekanntgabe evaluiert.</p> <p>Wird im Rahmen der ersten Bekanntgabe evaluiert.</p>